

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Vorstand

Arbeitsgruppe Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

31/90

Berlin, den 27.01.90

Mitteilung für die Presse

SPD fordert sofortige, maßvolle Erhöhung der Einkommen im Gesundheitswesen.

Wir sind besorgt über die gegenwärtige Situation im Gesundheitswesen. Die SPD ist der Meinung, daß die Gehälter umgehend, spürbar und in volkswirtschaftlich vertretbarem Maße erhöht werden müssen.

Die unqualifizierten Äußerungen des Ministers Prof. Thielmann zur pauschalen Verdoppelung der Gehälter tragen jedoch nicht zur Stabilisierung, sondern zur Zuspitzung der Situation bei.

Dieser Vorschlag ist volkswirtschaftlich unverantwortbar, er ist inflationistisch und seine Realisierung würde ähnlich unrealistische Forderungen aus anderen Volkswirtschaftsbereichen nach sich ziehen. Durch seine Undifferenziertheit stimuliert er nicht die unmittelbare Versorgung von Patienten.

Eine Verbesserung der Situation erforderte eine grundlegende Änderung der Gesundheitspolitik. Dies wird erst mit einer legitimierten Regierung möglich sein.

Um die tägliche Arbeit am Patienten aufrechtzuerhalten, sind Sofortmaßnahmen unerlässlich.

Die verbliebenen Mitarbeiter müssen dem Gesundheitswesen erhalten bleiben.

Vorrangig muß die patientenwirksame Arbeit honoriert werden. Gerade im Gesundheitswesen müssen Streiks das letzte Mittel bleiben

Wir fordern, daß der Minister für Gesundheitswesen in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und Löhne dem runden Tisch umgehend ein realistisches Konzept unterbreitet.

SPD-Geschäftsstelle
Otto-Grotewohl-Str. 19d
1080 Berlin
DDR

Telefon: (372) 22 51 25 22